

Beschluss des Landrats vom 08.02.2024

Nr. 418

5. Fragestunde der Landratssitzung vom 8. Februar 2024 2024/19; Protokoll: ps

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) ruft in Erinnerung, dass die Fragen bis 17.00 Uhr am Montag vor einer Landratssitzung eingereicht werden müssen. Die Fragen sind per E-Mail an die offizielle Landeskanzlei-Adresse (landeskanzlei@bl.ch) und nicht an einzelne Mitarbeitende der Landeskanzlei zu senden, weil dann die fristgerechte Weiterverarbeitung nicht gewährleistet ist. Eine Frage darf nicht mehr als drei Unterfragen enthalten. Sind es mehr Unterfragen, werden die ersten drei davon aufgenommen, die restlichen gestrichen.

1. Caroline Mall: Bezahlkarte für Flüchtlinge

Caroline Mall (SVP) hat eine Zusatzfrage: Die Zweckentfremdung der Gelder könnte unterbunden werden, wie der Regierungsrat bestätigt. Der Kanton will, kann und darf sich nicht einmischen, weil der Vollzug in der Kompetenz der Gemeinden liegt. *Hat der Regierungsrat von Gemeinden gehört, die das neue Modell umsetzen möchten?*

Antwort: Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) hat diesbezüglich keine konkreten Meldungen. Das Thema sei lanciert. Der Vollzug liegt in der Kompetenz der Gemeinden und der Kanton geht auf die Gemeinden zu. Zurzeit besteht ein grosser Handlungsdruck im Bereich des Asylwesens, da die Asylzahlen nach wie vor ansteigen, ebenso die Zuweisungen zum Kanton. Bezüglich Unterbringung wird der Druck immer grösser. Der Redner trägt sich mit dem Gedanken, gemeinsam mit den Gemeinden eine Konferenz zum Asylwesen einzuberufen. In diesem Rahmen kann auch das vorliegende Thema diskutiert werden.

2. Martin Dätwyler: Engagement des Kantons Basel-Landschaft für den Rheintunnel

Keine Zusatzfragen.

3. Andi Trüssel: Kanton bezahlt für Strom-Rekordpreise

Andi Trüssel (SVP) hat eine Zusatzfrage: Die Preiserhöhung hat vielfältige Gründe und ist zum grossen Teil in der Schweiz auch selbst verschuldet. Er ist erstaunt, dass man den Energieversorgungsunternehmen (EVU) nicht so traut und auf einen Einmann-Broker fokussiert. *Wurde berücksichtigt, dass man damit in eine Gefahr hineinlaufen kann?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) erklärt, es sei keine einfache Frage, von wem man sich beraten lasse. Selber verfügt die Direktion über eine gewisse Erfahrung, die jedoch nicht immer weiterhilft, wie sich 2022 zeigte. Allerdings stand man damit nicht alleine da. Die Frage ist schwierig zu beantworten. Es könnten noch weitere Berater angestellt werden. Wichtig erscheint, dass man sich in dieser Frage beraten lässt. Es wird mit Tranchen gearbeitet, um mittlere Einstandspreise zu erhalten. Die Preise sehen anders aus als 2022, als es einen Peak gab. Die EVU sind auch Anbieter und nicht ohne eigene Interessen. Deshalb ist zu überlegen, ob die Koppelung mit einem Beratungsmandat sinnvoll ist – dies ist jedoch eine spontane Aussage und der Redner müsste dies genauer überlegen.

4. Nicole Roth: Mehrere Festnahmen nach Einbrüchen, Sissach/Rünenberg

Keine Zusatzfragen.

://: Alle Fragen sind beantwortet.
